

Klimademo am 7. Dezember 2019 in Waidhofen an der Ybbs

An den  
Bürgermeister und den  
Stadt- und Gemeinderat  
der Stadt Waidhofen an der Ybbs  
Oberer Stadtplatz 28  
3340 Waidhofen an der Ybbs

Waidhofen an der Ybbs, am 7. Dezember 2019

### **CO2 Neutrale Stadt Waidhofen/Ybbs durch CO2-freien Straßenbahnbetrieb der Citybahn**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Sehr geehrte Frau Stadträtin, sehr geehrter Herr Stadtrat!

Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, sehr geehrter Herr Gemeinderat!

Seit heurigem April gibt es in Waidhofen an der Ybbs einmal im Monat die „Waidhofner Klimaproteste“. Die dabei in den Blick genommenen Forderungen sind in vielen Bereichen in bundespolitischer Kompetenz, in manchen spielen die Länder eine entscheidende Rolle. Dieses Mal fokussiert der Protest speziell auf die Verkehrspolitik, auch in der Region. Hier wird der Beschluss des Waidhofner Gemeinderates, der eine Verkürzung der Citybahnlinie von derzeit rund 5 km auf etwa die Hälfte vorsieht, besonders kritisch gesehen.

Die NÖVOG als vorbildlicher Betreiber der Citybahn lässt bei der Fachhochschule St. Pölten ein Konzept für einen CO2 freien Antrieb ihrer Fahrzeuge erstellen, um die derzeit in Betrieb stehenden Diesel-Fahrzeuge ersetzen zu können (Quelle: Mag. Barbara Komarek, Geschäftsführerin der NÖVOG), zusätzlich gibt es Überlegungen die Bahn als Straßenbahn zu führen, die zwei wesentliche Vorteile bietet. Die teure Sicherung der Bahnkreuzungen würde entfallen und durch mehr Haltestellen werden auch mehr potenzielle Fahrgäste angesprochen. Im Jahr 2018 gab es über 200.000 Reisende, heuer sind es bis dato 202.000, wobei ein beachtlicher Teil der Fahrgäste die Züge ab Gstadt benützen, um sicher, bequem, umweltbewusst und ohne Parkplatzsorgen die Stadt bzw. die Züge der Rudolfsbahn erreichen zu können. Durch die Installierung der Citybahn als innerstädtische Verkehrsachse zwischen dem Hauptbahnhof und Gstadt können sofort 263,29t CO2 sowie 19 084 Busfahrten im Stadtgebiet pro Jahr eingespart werden, daher ist dem Schienenverkehr absolut der Vorrang zu geben. Die Stadt Waidhofen/Ybbs ist seit 25 Jahren Mitglied im Klimabündnis und das Ziel CO2-freie Stadt wäre mit dieser Möglichkeit viel leichter zu erreichen. Die ersten Anzeichen der Klimakatastrophe sind auch bei uns schon spürbar, wie die Wasserknappheit in der Landwirtschaft und das vermehrte Auftreten des Borkenkäfers in der Waldwirtschaft. Ebenso steigt im Sommer die Anzahl der Hitzetage von Jahr zu Jahr an. Darunter leiden vor allem die älteren Bewohner unserer Gemeinde.

Um die neuen Entwicklungen am Klimaschutzsektor abwarten zu können, das EU Parlament hat am 28. November den Klimanotstand ausgerufen, ersuchen wir Sie daher, die im April 2019 beschlossene Verkürzung der Citybahn für drei Jahre auszusetzen um die Sachlage nochmals gründlich zu überdenken und im Sinne einer zukünftigen modernen Verkehrspolitik für unsere Stadt den Klimaschutz ernst zu nehmen. Die Ziele des Pariser Abkommens und die möglichen Kosten bei Nichterreichung haben wir für Sie auf der Rückseite zusammengefasst.

Wir hoffen sehr, dass auch Sie die Citybahn in ihrer Gesamtheit befürworten, zumal sich die Stadt Waidhofen immer weiter ausdehnt und der straßenbahnähnliche Betrieb bis Gstadt in Zukunft nur von Vorteil sein kann.

## Ziele des Übereinkommens von Paris

Das Übereinkommen von Paris markiert einen großen Durchbruch in der internationalen Klimapolitik. Es sieht als Ziele u.a. vor, dass

- die **globale Erderwärmung auf maximal zwei Grad Celsius** gegenüber vorindustriellen Werten begrenzt werden soll und zudem Anstrengungen unternommen werden sollen, den Anstieg auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen
- die **globalen Treibhausgasemissionen** so bald wie möglich ihr Maximum erreichen sollen und **bis Mitte des 21. Jahrhunderts auf (netto) null gesenkt** werden sollen
- alle Staaten der Welt alle fünf Jahre **nationale Beiträge** (Nationally-Determined Contributions, NDCs) **zur Emissionsreduktion** vorlegen und umsetzen müssen; dabei soll die Ambition kontinuierlich gesteigert werden
- auch die Anpassung an unvermeidbare Folgen des Klimawandels umfassend behandelt wird sowie
- Maßnahmen der Entwicklungsländer unterstützt werden (mittels Kapazitätsaufbau, Technologietransfer und Finanzierung).

Das Bundesministerium Für Landwirtschaft und Umwelt gibt in der vom "Standard" zitierten Anfragebeantwortung bekannt, dass zwischen 2021 und 2030 - je nach CO2-Preis - **kumuliert Kosten in der Höhe von 1,3 bis zu 6,6 Milliarden Euro** für den Ankauf von Emissionszertifikaten anfallen könnten.

Im Kampf gegen den Klimawandel gibt die EU-Kommission den Mitgliedsländern erstmals nationale Ziele bis 2030 zur Reduzierung von Treibhausgasen vor. Die einzelnen Mitgliedsstaaten müssten bis 2030 ihren Schadstoffausstoß in Bereichen wie Land- und Abfallwirtschaft, Verkehr und Gebäude insgesamt zwischen null und 40 Prozent senken. Österreich soll 36 Prozent erreichen. KlimaexpertInnen sind sich einig, dass dieses Reduktionsziel einerseits zu wenig ambitioniert ist und andererseits durch die bisher im Nationalen Energie- und Klimaplan (NEKP) vorgesehenen Maßnahmen nicht erreicht werden kann.